



© Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

Löcher im Bundeshaushalt

SPD fordert Beteiligung der Banken an den gesellschaftlichen Kosten der Krise

von Manfred Nink

Rekordneuverschuldung ist das Wort, das in den vergangenen Wochen im Bundestag und in den Medien die Runde machte. Der Bundeshaushaltsentwurf für 2010 sieht 85,8 Milliarden Euro neue Schulden vor. Die SPD kritisiert die Regierung und hat Ideen für einen solideren Haushalt.

Insgesamt umfasst der Haushaltsentwurf 2010 von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ausgaben in Höhe von 325,4 Milliarden Euro. Rund 86 Milliarden Euro bauen auf neuen Schulden. Bis 2012 fehlen über 300 Milliarden Euro in der Bundeskasse. Das strukturelle Defizit - also das von konjunkturrellen Ausfällen unabhängige, dauerhafte Haushaltsloch - wächst.

Durch die Schuldenbremse wird sich die Situation ab 2011 verschärfen. Der Finanzplan schöpft die maximal zulässige Neuverschuldung aus und kann nicht erhöht werden. 10 Milliarden Euro an strukturellem Defizit sind pro Jahr abzubauen. Zusätzlich müssen 3 bis 5 Milliarden Euro pro Jahr für steigende Zinsausgaben aufgebracht werden. Diese insgesamt 13 bis 15 Milliarden Euro müssen eingespart oder zusätzlich eingenommen werden.

Doch statt solide zu planen und die Einnahmebasis zu verbreitern,

verteilt die schwarz-gelbe Koalition Steuergeschenke an ihre Freunde.

In den letzten Spreebriefen wurde bereits dargestellt, welche katastrophalen Auswirkungen die Steuersenkungspolitik und das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz für die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden haben.

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - die Frage, wer die Zeche zahlen soll.

Nach Meinung der SPD böte es sich an, zunächst diejenigen zur Kasse zu bitten, die die Krise mit zu verantworten haben. Wir brauchen mittelfristig eine internationale Finanztransaktionssteuer und wenigstens eine nationale Börsenumsatzsteuer bis in dieser Frage eine internationale oder europäische Einigung gefunden ist. Außerdem müssen wir die steuerliche Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben begrenzen. Aber die Regierung lehnt eine Beteiligung der Banken an den von ihnen verursachten gesellschaftlichen Kosten ab. Zudem erscheint ein Solidarbeitrag von Spitzverdiennern für Zukunftsaufgaben in der Bildung sinnvoll.

Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Übernachtungen in Hotels muss wieder zurückgenommen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zu diesen Forderungen Anträge formuliert. Wir sehen die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise und wissen, dass NICHT in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger, sondern die dafür verantwortlichen Finanzmarktspekulanten die Quittung erhalten müssen!



Bundeshaushalt 2010: Rekordneuverschuldung von 85,8 Milliarden Euro - auf jeden Cent kommt es nun an.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellt sich somit in diesem Jahr und in Anbetracht der geplanten enormen Neuverschuldung - der höchsten in der

2 | Die Bundespolitik

Kindern fehlt die starke Lobby

Bundesregierung behindert mit ihren Gesetzen den Ausbau von Kindertagesstätten

Der Trierer SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Nink teilt die Befürchtungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), dass der Ausbau der Kinderkrippen in Deutschland scheitern könnte.

Am Rande der jüngsten Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin sagte er, die Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung belaste die Kommunen mit milliardenschweren Einnahmeausfällen und somit auch den Ausbau der Kinderbetreuung in der Region. Nink sieht ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände den ab 2013 bundesweit geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige gefährdet.

„Maßnahmen wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz setzen die Kommunen erheblich unter finanziellen Druck. Die Kommunen können oft gar nicht anders, als diesen Druck an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben. Ich sehe die Gefahr, dass auch in der Region nicht nur höhere Gebühren und Abgaben auf alle Menschen, sondern auch höhere Kita-Gebühren auf Eltern zukommen. Ich finde es unverantwortlich, dass die milliardenschweren Steuergeschenke auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger und vor allem der Familien ausgetragen werden“, so Manfred Nink.

Die SPD hatte in ihrer Re-



Der Ausbau der Kinderbetreuung war ein Thema beim Gespräch von SPD-Funktions- und Mandatsträgern mit dem Trierer Bischof Dr. Stephan Ackermann. | Foto: Büro Fink

gierungszeit durchgesetzt, dass der Bund die Länder und die Kommunen mit vier Milliarden Euro bis 2013 für den Kinderbetreuungsausbau unterstützt. Geld, mit dem auch in der Region Trier Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen werden. Auch dass sich der Bund dauerhaft an den Betriebskosten beteiligt, hatte die SPD erreicht. So stehen den Ländern und Kommunen ab 2014 jährlich 770 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung. Eltern mit ein- bis dreijährigen Kindern sollen ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben.

Laut Nink sei der Ausbau der Kinderbetreuung in der Region - auch dank der SPD-Landesre-

gierung - auf einem guten Weg. Er fordert aber, dass der Kinderbetreuungsausbau „mit Volldampf fortgeführt wird“, denn viele Eltern in der Region Trier seien auf diese Krippenplätze angewiesen. „Meine Bundestagskollegen aus der Region von CDU und FDP fordere ich auf, dringend die unsinnige Steuersenkungspolitik zu stoppen und sich für eine Stärkung der kommunalen Finanzen einzusetzen. Investitionen in frühkindliche Bildung sind nur machbar, wenn Städte und Gemeinden finanziell gut aufgestellt sind. Das müsste mein CDU-Kollege Bernhard Kaster als Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eigentlich wissen“, sagte der SPD-Politiker.

Krankenkassen wollen Zusatzbeiträge / Gesundheitsminister Rösler (FDP) will Kopfpauschale

Mehr dazu im Internet unter: www.spdfaktion.de und www.spd.de

Und im nächsten Spreebrief!

Wirtschaftsspezialisten der Fraktion

Ein Blick in die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Fraktion

Ein/e Bundestagsabgeordnete/r hat zwei Rollen auszufüllen. Einerseits Generalist/in, der/die über alle bundespolitischen Themen im Bilde sein sollte und andererseits Spezialist/in für ein bestimmtes Politikfeld. Die Spezialisten treffen sich in Arbeitsgruppen der Fraktionen.

Die SPD-Fraktion hat für ihre parlamentarischen Aktivitäten Arbeitsgruppen eingerichtet. In diesen sind in aller Regel die jeweiligen Mitglieder der Parlamentsausschüsse aktiv. Manfred Nink ist als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie gleichzeitig auch Mitglied der gleichnamigen SPD AG. In diesen Arbeitsgruppen bereiten die Abgeordneten z.B. Gesetzesentwürfe, Anträge und Anfragen vor, die dann in der Fraktion beraten und beschlossen werden. Zudem besprechen die AG-Mitglieder ihre Positionen im Ausschuss und ihr Abstimmungsverhalten. Sie sind die Experten der Fraktion auf ihrem

Themengebiet, so dass ihre Meinung - auch zu politischen Initiativen der anderen Parteien oder der Bundesregierung - gefragt ist. Die Fraktion vertraut vielfach auf die Meinung der AG. Manfred Nink ganz speziell ist zuständig für den Schnittstellenbereich von europäischer und deutscher Wirtschaftspolitik.

Auf ihrer Neujahrsklausur am 15./16. Januar in Potsdam hat die AG sich unter anderem mit der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern, mit der Wirtschaftskrise und den Problemen des Handels für Käufer und Verkäufer im Internet am Beispiel des Onlinemarktplatzes „Ebay“ beschäftigt. Einige Ergebnisse der Diskussionen werden sicherlich demnächst in Anträgen, Anfragen oder anderen parlamentarischen Aktivitäten münden. Der schwarzgelben Klientelpolitik muss eine Wirtschaftspolitik entgegen gesetzt werden, die das Gemeinwohl und die Solidarität im Auge behält.



Garrelt Duin
Aurich-Emden
AG-Sprecher,
Grundsatzfragen



Doris Barnett
Ludwigshafen/
Frankenthal
stellv.
AG-Sprecherin,
Industrie



Klaus Barthel
Starnberg
stellv.
AG-Sprecher,
Post



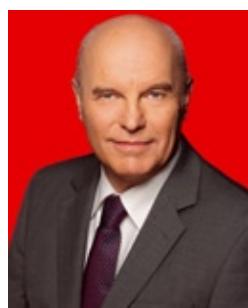
Martin Dörmann
Köln
Kommunikation



Andrea Wicklein
Potsdam / PM /
Teltow-Fläming
regionale Wirtschaftspolitik



Manfred Nink
Trier
Europa



Rolf Hempelmann
Essen
Energie



Wolfgang Tiefensee
Leipzig
Technologie



Peter Friedrich
Konstanz
Mittelstand

4 | Aus Partei und Fraktion

Start ins neue Jahr



Gute Laune beim Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Bitburg-Prüm: Landrat Dr. Joachim Streit, Monika Fink MdL, Staatsministerin Doris Ahnen MdL und Manfred Nink MdB (v.l.n.r.)
Foto: Stephan Garcon

Neuer Vorstand gewählt

Liebe Freundinnen und Freunde!

Der SPD-Kreisverband Trier-Saarburg hat auf seinem Parteitag am 23. Januar einen neuen Vor-

stand gewählt. Katarina Barley aus Schweich ist meine Nachfolgerin als erste Vorsitzende und ich bin mir sicher, sie wird dieses Amt gut ausfüllen. Dirk Bootz (Kasel), Jürgen Breiling (Schweich), Bernd Koewenig (Trassem), Christian Kruchten (Hermeskeil) und Karin Müller (Trierweiler) sind stellvertretende Vorsitzende. Achim Schmitt ist neuer Kassierer und Stefan Philippi neuer Schriftführer. 15 Beisitzer/innen komplettieren den Vorstand. Ich bin überzeugt, dass es diesen engagierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelingen wird, die Kreis-SPD für neue Mitglieder attraktiv zu machen und Antworten auf die Zukunftsfragen zu finden.



Die stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Elke Ferner, war Gast beim Kreisparteitag. Sie sprach vor den Mitgliedern und Delegierten über die neue Rolle der SPD in der Opposition.
Foto: Bell

*Herzlichst,
Euer* 

Seit dem letzten Spreebrief

4. bis 10. Januar
Versammlungen OV Konz und AG 60+ Trier

11. bis 17. Januar
Gespräche mit HWK Trier, ARGE Trier und LBM Trier

Neujahrsempfänge SPD Bitburg-Prüm und Bundestagsfraktion

Klausurtagung SPD-AG Wirtschaft und Technologie

Ordensfrühschoppen KG Heuschreck

Sitzung SPD-Fraktion Kenn

18. bis 24. Januar
Mandatsträgertreffen mit Bischof Dr. Stephan Ackermann

Sitzungswoche Bundestag

Arbeitskreis Europa in Berlin

Gespräch mit RWE in Berlin

Empfang der Trierer SPD-Fraktion in Trier

Parteitag SPD Trier-Saarburg

Sitzung KG HauRuck Saarburg

Neujahrsempfang SPD OV Konz

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de
www.manfred-nink.de